

**Elisabeth:** Referendarinnen sollten durchaus Mut mitbringen, sich etwas zutrauen, zeigen was sie können und auch zu den eigenen Interessen stehen.

**Margarete:** Viele Kolleginnen sind dankbar für Austausch und Unterstützung und hadern manchmal auch mit sich. Als erfahrenere Kolleginnen können wir den jüngeren Kolleginnen Orientierung geben und ermuntern, den Weg zu gehen, den sie für sich sehen.

**Elisabeth:** Das Schöne am Referendariat ist auch, dass man die Möglichkeit hat, Verschiedenes auszuprobieren. Man sollte die Stage auch nicht nur verengt auf die EU-Institutionen, sondern auch als Stage für verschiedenste Politikbereiche verstehen. De

facto machen wir z.B. Klima-, Transport-, Sozial-, Erziehungs-, Medien-, IT-, Finanz- und Wirtschaftspolitik. Die Stage bietet Gelegenheit sich zu fragen, wo die inhaltlichen Interessen liegen.

**Elisabeth und Margarete (übereinstimmend):** Abschließend möchten wir sagen, dass das Engagement der Beisitzerinnen im Bundesvorstand für das EU-Projekt bewundernswert ist und das Zusammenspiel zwischen ihnen und „Brüssel“ reibungslos funktioniert.

**Vielen herzlichen Dank, Margarete und Elisabeth, für Euer großartiges Engagement für die Jungen Juristinnen und für das Gespräch.**

DOI: 10.5771/1866-377X-2022-2-89

# „Blackbox mündliche Prüfung: Diskriminierungspotentiale in den juristischen Staatsexamina“

Online-Podiumsdiskussion am 5. Mai 2022

Laura Wittmann

Mitglied des Arbeitsstabs Ausbildung und Beruf

Seit der viel besprochenen Studie von *Glöckner, Towfigh & Traxler* (Geschlechts- und Herkunftseffekte bei der Benotung juristischer Staatsprüfungen, ZDRW 2018/2, 115 ff.) ist klar: Die Chancen in den mündlichen Staatsexamensprüfungen sind nicht für alle gleich. Personen mit zugeschriebenem Migrationshintergrund und Frauen schneiden signifikant schlechter ab. Im Anschluss daran haben *Charlotte Heppner, Nora Wienfort* und *Sophia Härtel* aus dem Arbeitsstab Ausbildung und Beruf eine neue Studie veröffentlicht, die konkrete Diskriminierungspotentiale der mündlichen Prüfung in den Staatsexamina untersucht (ZDRW 2022/1, 23 ff.). Dabei analysieren die Autorinnen die Ausbildungsgesetze und -verordnungen der Länder und werten Antworten der Prüfungsämter aller Bundesländer zu ihren jeweiligen Antidiskriminierungsmaßnahmen aus. Außerdem erarbeitet der Beitrag sechs Forderungen für eine leistungszentrierte und diskriminierungssensible Ausgestaltung der mündlichen Prüfung (hierzu wird ein Beitrag in der *djbZ* 3/2022 erscheinen). Anlässlich der Veröffentlichung dieser Studie veranstaltete der Arbeitsstab eine digitale Podiumsdiskussion mit Praktikerinnen aus Justiz, Prüfungsämtern und Politik.

In ihrem Grußwort wies *djb*-Präsidentin Prof. Dr. *Maria Wersig* darauf hin, dass das Thema der Veranstaltung zentral für den *djb* sei: „Denn wenn das Jurastudium bzw. dessen Prüfungen am Ende nicht gerecht sind, dann hat das ganz klare Auswirkungen für das Leben ganz vieler Menschen, die sich vertrauensvoll und mit großem Engagement in die Prüfungssituation begeben.“ Danach eröffnete Moderatorin *Gigi Deppe*, Leiterin der ARD-Rechtsredaktion/Hörfunk und selbst Juristin, die Diskussion mit einer persönlichen Anekdote aus ihrem juristischen Studium,

in dem die Studierenden von einem Professor nur mit „Meine Herren“ angesprochen worden seien. *Charlotte Heppner* legte für den Arbeitsstab und als Mitautorin der Studie die Thesen und Forderungen des Artikels dar und äußerte: „Alle patriarchalen Strukturen in der Juristerei spiegeln sich auf der Bank der Prüfungskommission.“ *Babette Bohlen* sprach in ihrer Funktion als Präsidentin des Landesjustizprüfungsamt Mecklenburg-Vorpommern aus Organisierenden- und Prüferinnensicht: „Das ist ein großes Thema in allen Prüfungsämtern. Seit diese Studie aufgekommen ist, ist dieses ‚Soll‘ im Kopf.“ *Armaghan Naghypour* vertrat als Staatssekretärin für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung das Land Berlin und damit die politisch-gesetzgeberische Sicht auf mündliche Examensprüfungen. Dr. *Anja Teschner*, Vizepräsidentin des Landgerichts Berlin, brachte ihre Expertise als Prüferin und Kennerin der Ausbildungsordnung für Notar\*innen ein, in der bereits viele der vom Arbeitsstab geforderten Aspekte umgesetzt sind.

Der erste Teil der Diskussion drehte sich um die geschlechtergerechte Besetzung von Prüfungskommissionen. Die Diskutantinnen waren sich einig, dass eine Erhöhung des Frauenanteils unter den Prüfenden wünschenswert sei. *Charlotte Heppner* wies dazu darauf hin, dass Schleswig-Holstein das einzige Bundesland sei, das eine Regel zum Geschlechterverhältnis in der Prüfungsordnung verankert habe. Diese gelte aber nur für das erste Staatsexamen, beziehe sich nur auf den Pool der Prüfenden und nicht auf die Besetzung der Kommissionen und sei lediglich eine Soll-Vorschrift. *Babette Bohlen* wies auf die praktischen Hindernisse für die Umsetzung einer Muss-Vorschrift hin. Das Problem seien kurzfristige Ausfälle von Prüfenden und der Mangel an Prüferinnen im Pool, was zur Verschiebung von Prüfungen führen könne, sofern keine ordnungsgemäß besetzte Kommission zustande käme. *Armaghan Naghypour* verwies auf die

Notwendigkeit eines angemessenen finanziellen sowie zeitlichen Ausgleichs für die Prüfungstätigkeit. Dr. *Anja Teschner* betonte die notwendige Steigerung der Wertschätzung von Seiten des Hauptamtes und der Dienstvorgesetzten, beispielsweise durch Berücksichtigung in Beurteilungen. Intersektionale Dimensionen von Diskriminierungsgefahren kamen in der Diskussion um die Besetzung der Prüfungskommissionen etwas zu kurz und bleiben an dieser Stelle ein offener Punkt, den der Arbeitsstab in Zukunft besonders in den Vordergrund rücken möchte.

Anschließend diskutierte das Podium den Vorschlag des Arbeitsstabs, verpflichtende Schulungen für Prüfende zur Qualitätssicherung der Prüfungen vorzusehen. Dr. *Anja Teschner* betonte diesbezüglich: „Wenn wir die Kandidatinnen und Kandidaten prüfen, dann sollten wir dieselben Qualitätsstandards auch für unsere Prüfung haben. Ich denke, das ist den Prüfenden vermittelbar.“ *Babette Bohlen* äußerte jedoch die Bedenken, dass eine Verpflichtung der Prüfenden, die diese Tätigkeit zusätzlich wahrnehmen, zur Abschreckung führen könne. Es kam außerdem die Idee eines Mentoring-Programms für Prüfende auf. Auch bei der Frage nach der Abschaffung des in fast allen Prüfungsordnungen vorgesehenen Vorgesprächs, in dem der\*die Vorsitzende der Kommission die Geprüften vorher kennenlernen soll, vertraten die Teilnehmerinnen der Diskussion verschiedene Ansichten. Zu diesem Thema äußerten sich viele Teilnehmende aus dem Publikum mit persönlichen Erfahrungen. Ähnlich verhielt es sich bei der Frage nach der Abschaffung der Vornotenkenntnis. Die Argumente auf dem

Podium reichten von einer Verbesserung der Objektivität der Prüfung und der ohnehin notwendigen Flexibilität bei der Auswahl der Fragen und Fallgestaltungen bis hin zu möglichen negativen Folgen für die Geprüften selbst. Am Ende tauschte sich das Podium zur Arbeitsstab-Forderung nach Beschwerdemöglichkeiten für Examenskandidat\*innen, insbesondere bei Diskriminierungserfahrungen, aus. *Armaghan Naghipour* sprach sich hier für niedrigere Hürden bei Beschwerden aus und regte eine Aufnahme der Problematik in die Landesantidiskriminierungsgesetze an.

Der Arbeitsstab freut sich über eine ausgesprochen inspirierende und motivierende Diskussion auf dem Podium sowie besonders über die rege Publikumsbeteiligung, sowohl während der Veranstaltung mit zahlreichen Fragen und Hinweisen im Chat als auch in der Debatte am Ende. Die Veranstaltung schloss mit einem Aufruf von Dr. *Anja Teschner* und *Babette Bohlen* an alle potentiellen Prüferinnen im Publikum, sich als Prüferin zu engagieren. Abschließend erinnerte *Armaghan Naghipour* noch einmal daran, dass es darum gehe, unterschiedliche Stellschrauben in Bewegung zu setzen, um strukturelle Probleme langfristig zu ändern. Man befinde sich auf einem guten Weg, dieser sei aber noch weit. Wir hoffen, mit der Podiumsdiskussion einen Teil dieser Wegstrecke mitgestaltet zu haben, und freuen uns auf viele weitere Schritte im djb und darüber hinaus.

1 Außer in Baden-Württemberg.